Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezugspreis nur für den Kalendermonat. Porto- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 275. | Mittwoch den 23. November. | **1932**

Hitler beim Reichspräsidenten.

Berlin, 20. November.

Die Parteiführerempfänge beim Reichspräsidenten nahmen am Sonnabend ihren Fortgang. Die erste Besprechung fand mit Adolf Hitler statt, die eine Stunde und zehn Minuten dauerte.

Auf der Seite Hitlers hat niemand weiter an ihr teilgenommen; sie vollzog sich zunächst zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler unter vier Augen. Gegen Schluß der Unterhaltung wurde dann Staatssekretär Meißner zugezogen. Der Inhalt der Unterredung erstreckte sich auf eine Darlegung der gegenseitigen Auffassungen. Da die Besprechungen noch nicht abgeschlossen sind, werden sie in dieser Woche fortgesetzt.

Wenn auch der Zeitpunkt der Verhandlung geheimgehalten worden war, sammelten sich doch schon in den ersten Vormittagsstunden Schaulustige vor der Reichskanzlei und vor dem Hotel Kaiserhof an. Die Polizei hatte keine größeren Absperrungen vorgenommen, sondern sorgte nur dafür, daß der Fahrdamm und die Einfahrt zur Reichskanzlei frei gehalten und der Verkehr nicht gestört wurde. Kurz vor 11 Uhr fuhr dann der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring vor der Reichskanzlei vor. Göring hielt sich jedoch nur eine knappe Viertelstunde bei Staatssekretär Meißner auf und kehrte dann in den Kaiserhof zurück. Kurz vor 11.30 Uhr erschien Adolf Hitler in Begleitung Görings vor dem Hotel und begab sich im Wagen in die Reichskanzlei. Die Menge brachte auch jetzt wieder wie schon bei dem Erscheinen des Reichstagspräsidenten Göring Heil-Rufe aus.

Die erste Etappe abgeschlossen

Mit dem Besuche des Staatsrats Schäffer für die Bayerische Volkspartei ist die erste Etappe der Besprechungen abgeschlossen, und der Reichspräsident wird sich dann in den nächsten Tagen über sein weiteres Vorgehen schlüssig werden. Die Ueberlegungen des Reichspräsidenten bewegen sich jetzt wohl vor allem in der Richtung, ob er selbst auch im nächsten Stadium mit den Parteien verhandelt, oder ob er einen Mann seines Vertrauens auswählt, der die weiteren Verhandlungen in seinem Auftrag zu führen hätte. Nach Auffassung unterrichteter politischer Kreise sind beide Möglichkeiten gegeben.

Hitler selbst hat nicht die Absicht, nun von sich aus mit den anderen Parteien direkte Verhandlungen aufzunehmen.

Das scheint sich in seiner Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten ergeben zu haben.

Das wesentlichste Resultat der Besprechung zwischen ihm und dem Reichspräsidenten dürfte darin zu sehen sein, daß die Fühlung mit ihm noch nicht zu Ende ist. Es ist bekannt, daß die Auffassung des Reichspräsidenten und die Adolf Hitlers über die innenpolitische weitere Entwicklung voneinander abweichen.

Der Verlauf der ersten Besprechung hat aber auf alle Fälle die Möglichkeit zu einer Fortsetzung der Fühlungnahme noch [illegible]

Fühlungnahme der Parteien

Vor dem Beginn der Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP.

Berlin, 21. November.

Ueber den Stand der Verhandlungen zur Regierungsneubildung wurde an den zuständigen Stellen auch während des Wochenendes strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Situation läßt sich deshalb nur nach dem beurteilen, was in politischen Kreisen rein stimmungsmäßig verlautet. Danach scheint es, daß die Aussichten einer nationalen Konzentration, wie sie vom Reichspräsidenten erstrebt wird, günstiger stehen. Man glaubt jetzt, daß die Fühlungnahme zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum in Gang kommt. Jedenfalls ist eine grundsätzliche Verständigung darüber erfolgt, daß Verhandlungen stattfinden sollen.

Von der Seite des Reichspräsidenten her ist bis Montag alles in der Schwebe. Deshalb läßt sich im Augenblick auch noch gar nicht sagen, ob Adolf Hitler in den nächsten Tagen den Auftrag bekommen wird, den Versuch zu einer Regierungsneubildung zu machen. Offenbar soll erst einmal abgewartet werden, wie sich die Dinge zwischen den beiden Parteiführungen entwickeln, auf die es jetzt in erster Linie ankommt. Im Augenblick hat es gar keinen Sinn, Prognosen zu stellen, und es ist deshalb auch überflüssig, die recht vagen Gerüchte zu verzeichnen, in denen Einzelheiten der angeblichen Forderungen Hitlers für seine Beteiligung an einer nationalen Konzentration kolportiert werden.

Einordnung und Gemeinschaft

In diesem Sinne empfiehlt auch die „Germania", sich in dieser Atmosphäre höchst unsicherer und widersprechender Gerüchte mit einem ausreichenden Maß von Geduld zu wappnen und ruhig abzuwarten. Das dürfe man mit um so besserem Gewissen tun, fährt das Zentrumsblatt fort, als der ernste Wille des Reichspräsidenten, zu einer positiven Lösung zu gelangen, über jeden Zweifel erhaben ist. Das Zentrum werde an der Lösung dieser nationalen Aufgabe mit allen Kräften mitwirken. Am Zentrum werde das Werk nicht scheitern. Die „Germania" fügt schließlich noch als Wink für die Verhandlungspartner des Zentrums hinzu, daß das gewaltige Problem der deutschen Gegenwart Einordnung und Gemeinschaft verlange. Die politischen Führer des deutschen Volkes müßten in diesen Tagen zeigen, daß sie mutig und selbstlos genug sind, um diesen Geist zur Wirkung zu bringen.

Die Haltung des Zentrums

Zu den Empfängen beim Reichspräsidenten schreibt die „Kölnische Volkszeitung" unter anderem: „Man gewinnt den Eindruck, daß die Aussichten, das gegenwärtige Kabinett durch ein besseres abzulösen, im Augenblick nicht ungünstig stehen. Allerdings gibt es noch zu viele Unsicherheitsfaktoren, als daß man heute schon zu einem bestimmten Urteil kommen könnte. Nur darüber herrscht weitgehende Einigkeit, daß es ein Zurück zum System Papen nicht geben kann. Die Nationalsozialisten scheinen entschlossen zu sein, sich diesmal in die Reichsgewalt einzuschalten, wobei das bisher noch unbekannte Maß ihrer Machtansprüche unter Umständen ein großer Gefahrenpunkt werden kann.

Die Haltung des Zentrums ist unverändert klar: Sein Ziel ist die große Konzentration aller arbeitswilligen und positiven Kräfte. Ueber dieses Ziel herrscht in der Zentrumspartei völlige Einmütigkeit. Das ist in einer gemeinsamen Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums noch einmal festgestellt worden."

Gleichzeitig beschäftigte sich der Vorstand der Zentrumspartei auch mit der Zuerteilung eines 70. Mandats für die Deutsche Zentrumspartei und beschloß, daß Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sein Mandat auf der Reichsliste annimmt, so daß für Schlesien als dritter Kandidat nunmehr der Generalsekretär des Handels- und Industriebeirats des Zentrums, Dr. Fonk, in den Reichstag einzieht. In Westfalen-Nord wurde auch der Kandidat Schulte-Uhlenbrock gewählt.

Die Verhandlungen am Sonntag

Berlin, 21. November.

Auch am Sonntag haben die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung nicht geruht. Der Schwerpunkt lag dabei bei den Parteien. Nachdem der Reichspräsident die erste Etappe seiner Besprechungen abgeschlossen hat, war vorgesehen, daß die Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, zunächst untereinander Fühlung nehmen.

Das ist in der Form geschehen, daß Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum stattgefunden haben. Hitler selbst ist an diesen Besprechungen nicht persönlich beteiligt gewesen. Sie wurden vielmehr von dem Reichstagspräsidenten Göring geführt und haben, wie verlautet, in dessen Wohnung stattgefunden. Adolf Hitler selbst hat eine Reihe von Besprechungen mit seinen engeren Parteifreunden gehabt.

Ueber den Inhalt der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wird auf beiden Seiten allerstrengstes Stillschweigen bewahrt, weil man unter allen Umständen vermeiden will, daß der weitere Verlauf durch Indiskretionen gefährdet werden könnte.

Reichstagspräsident Göring hat auch versucht, mit den Deutschnationalen in Fühlung zu kommen. Diese Absicht ist aber zunächst mißlungen, und zwar deshalb, weil die Deutschnationalen wohl erwartet hatten, daß Hitler selbst sich an sie wenden würde. Der „Montag", der dem Geheimrat Hugenberg nahesteht, berichtet darüber, daß die Verhandlungen in der „etwas merkwürdigen Art" eingeleitet worden seien, daß Reichstagspräsident Göring am Sonntagnachmittag durch seinen Adjutanten den Geheimrat Hugenberg zu sich in das Palais des Reichstagspräsidenten bestellen ließ. Dr. Hugenberg ließ nach der genannten Quelle darauf mitteilen, daß er Herrn Adolf Hitler wie stets so auch jetzt zu einer politischen Besprechung zur Verfügung stehe. Er müsse es aber nach den Vorgängen der letzten Wochen ablehnen, einer in so ungewöhnlichen Form erfolgten Aufforderung des Herrn Reichstagspräsidenten Göring nachzukommen.

Nach dieser Absage bleibt natürlich immer noch die Möglichkeit für direkte Besprechungen zwischen Hitler und Hugenberg offen. Man kann aber wohl annehmen, daß sie jetzt höchstens erst in einem späteren Stadium in Frage kommen, wenn zwischen Nationalsozialisten und Zentrum eine größere Klarheit erzielt worden ist. Ebenso ist anzunehmen, daß auch noch Verbindung mit der Deutschen Volkspartei aufgenommen werden wird.

Verschärfter Konflikt

Kabinett Braun will im Landtag sprechen.

Das preußische Kabinett Braun beschäftigte sich in einer mehrstündigen Sitzung mit der veröffentlichten neuen Notverordnung über den Konflikt zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung. Als Ergebnis der Kabinettssitzung wird folgendes offizielles Communiqué von der Regierung Braun veröffentlicht:

„Die preußische Staatsregierung stellte in ihrer Staatsministerialsitzung einstimmig fest, daß die auf Antrag der Reichsregierung erlassene Verordnung auf Grund von Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung dem Wortlaut und Geist der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht entspricht. Ministerpräsident Dr. Braun wird in der nächsten Vollsitzung des Landtags am Donnerstag, den 24. November, zu der dadurch geschaffenen Sachlage Stellung nehmen.

Erfolge der Arbeitsbeschaffung

Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Erwerbslosen.

Berlin, 20. November.

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung haben neben den sonstigen Mitteln zur Belebung der Wirtschaft den Arbeitsmarkt merklich entlastet. Die Zahl der Arbeitslosen, die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, hat jetzt bereits 250 000 überschritten.

Der erste Abschnitt des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 135 Millionen RM, das die Reichsregierung sofort nach ihrem Amtsantritt entworfen hat, ist in voller Durchführung begriffen.

Die 135 Millionen RM, die als Darlehen für Straßenbauten, Wasserbauten und landwirtschaftliche Meliorationen zur Verfügung gestellt waren, sind bis auf einen kleinen Rest an die Träger der Arbeiten vergeben; zu ihnen treten noch verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von etwa 25 Millionen RM, die der Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Mit diesen Mitteln sind bisher insgesamt 10 Millionen Arbeitertagewerke für Arbeitslose bereitgestellt worden.

Auch die Arbeiten an dem zweiten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 207 Millionen RM sind zum Teil bereits im Gange oder werden in nächster Zeit begonnen.

Dieser Abschnitt umfaßt u. a. Straßenbauten, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und vorstädtische Kleinsiedlung, den Bau von Eigenheimen und ferner eine Aktion zum Abwracken veralteten Schiffsraumes und den Bau von Heringsloggern. Soweit diese Arbeiten als Notstandsarbeiten oder im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt werden, treten auch hier noch verlorene Zuschüsse aus Mitteln der Reichsanstalt hinzu.

Nach den Ergebnissen der bisherigen Maßnahmen kann man damit rechnen, daß sich hier zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Höhe von weiteren 15 Millionen Arbeitslosentagewerken ergeben.

Für das notleidende Baugewerbe ist neben der Förderung des Baues von Eigenheimen und der vorstädtischen Kleinsiedlung ganz besonders wertvoll die Hilfsaktion des Reichs für die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten. Hierfür stehen 50 Millionen RM zur Verfügung, die durch Mittel, welche die Hausbesitzer selbst aufbringen, noch erheblich verstärkt werden. Zur Förderung des Eigenheimbaues hat übrigens auch der Vorstand der Reichsanstalt laut Beschluß vom 10. November 1932 noch 5 Millionen RM aus Mitteln der Grundförderung (ersparte Arbeitslosenunterstützung) bereitgestellt.

Von größter Bedeutung ist endlich für wichtige Teile der Wirtschaft die Bereitstellung zusätzlicher Arbeiten durch die Reichsbahn und die Reichspost in Höhe von über 300 Millionen RM, die zum großen Teile ebenfalls schon im Gange sind.

Die Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms werden zum großen Teil als öffentliche Notstandsarbeiten oder im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt. Den Arbeitsämtern liegt die wichtige Aufgabe ob, aus den Reihen der Arbeitslosen die Arbeitskräfte, die für die Ausführung aller dieser Arbeiten benötigt werden, auszuwählen und den Arbeiten zuzuführen. Um die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen zugute kommen zu lassen, soll ein Arbeitsloser nicht länger als ein Vierteljahr bei diesen Maßnahmen beschäftigt werden. Bei der Auswahl der Arbeitskräfte nach sozialen Gesichtspunkten müssen die Arbeitsämter insbesondere auch langfristig Arbeitslose bevorzugen.

In ihrer Gesamtheit genommen bedeuten diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Arbeitslosen, wenn man nur die unmittelbare Beschäftigung berücksichtigt.

Mindestens ebenso wichtig ist aber die weitere Auswirkung dieser Maßnahmen, die zusammen mit der Ausgabe der Steuergutscheine in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden RM zu einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaft in weiterem Umfange führen muß.

Totensonntag in Berlin

Gedenkfeiern für die Toten des Weltkrieges.

— Berlin, 21. November.

Wie alljährlich am Totensonntag, veranstaltete der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen eine eindrucksvolle Gedenkstunde für die Toten des Weltkrieges im Plenarsaal des Reichstags. Der Bundesvorsitzende Christof Pfändner gedachte der gefallenen Kameraden. Musikalische Vorträge umrahmten die Feier, die ihren würdigen Ausklang mit dem alten Soldatenlied „Ich hatt' einen Kameraden" fand.

Die vaterländischen Verbände unter Führung des Nationalverbandes der Deutschen Offiziere hielten einen Heldengedächtnisgottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche ab, zu dem auch mehrere Mitglieder des Hohenzollernhauses erschienen waren. Die Gedächtnisrede hielt Hofprediger Walter Richter-Reichhelm.

Auch das Reichsbanner gedachte wie alljährlich der Opfer des Krieges. In den Mittagsstunden begaben sich zwei Ehrenkameradschaften nach dem Ehrenmal Unter den Linden, wo sie nach einer kurzen Feier einen Kranz niederlegten. Ferner fanden auf den verschiedenen Kriegerfriedhöfen Gedenkfeiern des Reichsbanners statt.

Verbilligung von Frischfleisch

Berlin, 21. November.

Der zweite Bezugsschein für die Durchführung der Winterhilfsmaßnahme zur Verbilligung von Frischfleisch für die hilfsbedürftige Bevölkerung, der die Zeit vom 1 bis 31. Dezember 1932 umfaßt, wird in den nächsten Tagen an die für die Verausgabung des ersten Bezugsscheines angegebenen Stellen gesandt werden. Die Verteilung erfolgt nach denselben Zahlen wie die Verteilung des ersten Bezugsscheins unter Berücksichtigung der Nachforderungen. Die beiden Abschnitte des Bezugsscheins haben eine Gültigkeitsdauer vom 1. bis 31. Dezember 1932.

Deutsche Tagesschau

Ansteigen der schwebenden Reichsschuld.

Die schwebende Schuld des Reiches ist im Oktober um rund 36 Millionen auf 1792,9 Millionen RM gestiegen. Die Zahlungsverpflichtungen des Reiches aus der Begebung unverzinslicher Schatzanweisungen erhöhten sich um 5 Millionen auf 1055,4 Millionen RM, der Umlauf an Reichswechseln um 4,4 Millionen auf 400 Millionen RM. Kurzfristige Darlehen und Verpflichtungen aus früheren Anleiheoperationen betrugen unverändert 32,9 Millionen und 4,4 Millionen RM. Die Schatzanweisungen zum Zwecke von Sicherheitsleistungen haben sich von 272,8 Millionen auf 299,2 Millionen RM erhöht. Die dem Tilgungsfonds zur Rückzahlung des Ueberbrückungskredits aus dem Jahre 1930 zugeführten unverzinslichen Schatzanweisungen belaufen sich auf 383 Millionen RM.

Noske wird nicht abberufen.

Von zuständiger Stelle werden Mitteilungen über neue Personalveränderungen in Preußen dementiert. Insbesondere entbehre die Nachricht, daß der Oberpräsident Noske abberufen werden solle, jeder Grundlage. Oberpräsident von Bülow in Schneidemühl erreiche am 1. April nächsten Jahres die Altersgrenze, und schon aus diesem Grunde sei eine Aenderung notwendig. Daß Ministerialdirektor Klausener in das Finanzministerium übersiedeln soll, stehe nicht zur Erörterung.

Eine anhaltische Notverordnung.

Das anhaltische Staatsministerium erläßt eine Notverordnung, wonach es die bedingte Begnadigung, die bisher ausschließlich dem Staatsministerium zustand, in die Hände der ordentlichen Gerichte legt. Das Begnadigungsrecht des Staatsministeriums bleibt im übrigen unberührt.

5 Millionen Schaden bei der DD-Bank Düsseldorf.

Düsseldorf, 21. November. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle beläuft sich der Schaden, den der flüchtige DD-Bankdirektor Schäfer seinem Institut zugefügt hat, auf etwa 5 Millionen RM.

Kommunistische Terrorpläne?

Die Berliner „Kreuz-Zeitung" berichtet in sensationeller Aufmachung über angebliche Terrorpläne der Kommunisten, die am 14. August in einer Sitzung des Moskauer Polit-Büros erörtert worden seien. An dieser Sitzung soll, **wie das Blatt behauptet, auch Stalin teilgenommen haben.**

Schacht für Schuldenstreichung

Empfang bei Mussolini.

Rom, 21. November.

Dr. Schacht, der an den Arbeiten des Volta-Kongresses teilnimmt, wurde von Mussolini empfangen.

In einer Rede, die er auf dem Volta-Kongreß hielt, erklärte der ehemalige deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht, das Problem des Transfers biete gegenwärtig außerordentliche Schwierigkeiten und habe ein Aufhören des Kreditverkehrs nach sich gezogen. Die Länder, die kein Geld mehr exportieren könnten, richteten hohe Zollmauern rings um sich auf, und daraus wieder ergebe sich allerseits die Unmöglichkeit, zu kaufen.

Um diese Schwierigkeit beheben zu können, die die finanzielle und die wirtschaftliche Ordnung bedrohe, sei es seiner Ansicht nach notwendig, daß alle Kriegsschulden gestrichen und alle privaten Schulden erheblich herabgesetzt würden.

Vorbereitung zum Hochverrat

Kommunistische „T-Gruppe" vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 20. November.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen sieben Kommunisten aus Gelsenkirchen und sprach folgendes Urteil:

Der Kolonnenführer Hermann Bude wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schußwaffen- und Kriegsgerätegesetz verurteilt, drei Angeklagte erhielten wegen Vorbereitung zum Hochverrat Festungsstrafen in Höhe von 1 Jahr und 1 Monat bis zu 1 Jahr und 6 Monaten. Sämtlichen Verurteilten wurde die Ueberzeugungstäterschaft zugebilligt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Angeklagten gehören der neugegründeten sogenannten „T-Gruppe" der Kommunisten in Gelsenkirchen an, die nach Auffassung der Polizei zur Ausführung politischer Terrorakte bestimmt war. Die Polizei hat ihr in kurzer Zeit 21 Straftaten nachweisen können, von denen das Gericht eine zu verhandeln hatte.

In der Nacht vom 29. zum 30. September 1931 wurde das kommunistische Flugblatt „Meuterei der Berliner Schupo" an allen Polizeirevieren in Gelsenkirchen durch zwei Klebekolonnen angeklebt. Bei dem jugendlichen Führer der einen Kolonne wurde bei einer Haussuchung 30 Sprengkapseln sowie 25 Gewehrpatronen beschlagnahmt.

Die sieben Angeklagten bekannten sich als überzeugte Kommunisten, stritten jedoch die Tat ab. Das Gericht hielt aber vier Angeklagte für überführt.

Festtag in Mannheim

Feierliche Einweihung der Rheinbrücke.

Mannheim, 20. November.

Unter dem Dröhnen von Böllerschüssen wurde die feierliche Einweihung der neuen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen vollzogen. Der Festakt fand vor dem Pfalzbau in Ludwigshafen statt, wo sich eine riesige Menschenmenge eingefunden hatte.

Als erster Redner ergriff der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen, Dr. Ecarius, das Wort. Er begrüßte die Ehrengäste, u. a. den badischen Staatspräsidenten Schmitt, den bayrischen Innenminister Dr. Stützel und den Direktor der Gruppenverwaltung Bayern der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Loehr.

Reichsbahndirektor Loehr

gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Zeit seit der Erbauung der ersten Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen im Jahre 1867. Als nächster Redner ergriff

Finanzminister Mattes

das Wort. Er beglückwünschte besonders die Reichsbahn zu dem neuen Werke und stattete dem Reichsverkehrsminister und der Reichsregierung den Dank des Landes Baden für die finanzielle Hilfe am Brückenbau ab. Anschließend sprach

der bayrische Innenminister Dr. Stützel,

der namens der bayrischen Staatsregierung dankte und den Pfälzern die Grüße des Ministerpräsidenten Dr. Held und der bayrischen Staatsregierung überbrachte.

Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt zerschnitt das weiße Band, das die Brücke sperrte. Im Mannheimer Schloß begrüßte dann Oberbürgermeister Dr. Heimerich im Namen der Stadt Mannheim die Erschienenen.

Einsturz eines Neubaues

Ein Toter, elf Schwerverletzte.

Mantua, 21. November.

In einer nahegelegenen Ortschaft stürzte ein Teil eines Neubaues ein. Zwölf Arbeiter wurden unter den Schuttmassen begraben. Einer der Arbeiter fand bei dem Unfall den Tod, die anderen erlitten schwere Verletzungen.

ROMAN VON ERICH KUNTER

LICHT DER EWIGKEIT

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Greiser, G. m. b. H., Rastatt

46)

Der Richter sah den Untersuchungsgefangenen scharf an und fragte in gespannter Erwartung: „In welche?"

Brilon zögerte, blickte zur Seite und sagte langsam: „Er ist der Mörder!"

Der Richter schwieg lange und bemerkte dann nachdenklich: „Ich glaube, Sie zu verstehen und eine Erklärung gefunden zu haben: Sie wissen nichts Näheres, haben auch keinerlei Verbindung mit dem Fremden, können also Ihre Behauptung durch nichts belegen. Diese so bestimmt gemachte Behauptung ist vielmehr Ausdruck einer bloßen Empfindung. Einer Art Hellsichtigkeit meinetwegen."

„So ist es, Herr Richter", antwortete Brilon fast dankbar.

Der Untersuchungsrichter verfiel wieder in tiefes Nachdenken. „Vielleicht haben Sie recht", sagte er endlich aus seiner Versunkenheit heraus. „Vielleicht gibt es das. Aber", er stand mit einem Ruck auf und damit wieder in der rauhen Wirklichkeit, „bei Gericht gibt es das nicht! Da hält man sich nur an handfeste Beweise!"

Er lächelte etwas resigniert und klappte die Aktendeckel zu. „Können Sie mir sonst noch irgendwelche Angaben über die Persönlichkeit des Fremden machen, über sein Aussehen, besondere Merkmale, Vermutungen über ihn?"

„Nein!" lautete die bestimmte Antwort. Ich sah ihn nur einmal zehn Sekunden lang und kann mich an nichts, an rein nichts mehr erinnern. Gleich einem undeutlichen, nebelhaften Schemen lebt er nur noch in meiner Erinnerung."

So log Bert Brilon das erste und einzige Mal in der Untersuchung.

*

Das erste, was Bert Brilon in der Untersuchungshaft tat, war, daß er einen langen und aufrichtig-herzlichen Brief an seine Mutter schrieb.

Es trieb ihn förmlich dazu, die Eltern wissen zu lassen, wie ihm das Schicksal mitspielte.

Der Brief wirkte, besonders auf den Vater, wie ein Donnerschlag. Verstört starrte er auf sein Röschen und brachte kein Wort heraus.

Umsomehr sprach Röschen.

„Mei Bube soll den Andermatt erschlage habe ... na, na ... des ist nit, des ist nit! Da kenne i doch mei Buwe zu guet, die ganze Jahre."

„Die Schand .. die Schand ..!" stöhnte Vater Jakob.

„Des ist koi Schand net! Wenn er verurteilt wird, dann ja, aber jetzt noch lange net. Das hat der Bertl nit getan. Jaköble, unser Bub, unser Fleisch und Leben ... na, na, des hat er nimmer net getan!"

Der Mann nickte ihr fest zu.

„Und morgen fahr i nach Berlin!"

Da atmete Jakob Brilon auf. „Ja, Rösle, fährst nach Berlin. Ich recht, Rösle .. du bist die Mutter .. du fährst nach Berlin."

Und Frau Rösle fuhr in ihrem besten Sonntagsstaat nach Berlin.

Auf der Fahrt kaufte sie sich eine Berliner Zeitung und da fand sie den Bericht über die Premiere von Berts Stück „Die Erlöserin".

Das Herz wurde ihr warm, als sie las, wie man dem Schaffen ihres Sohnes in so warmen, beredten Worten hohe Anerkennung zollte.

*

Frau Röschen fand den Sohn ruhig und gefaßt in seiner Zelle. Die Augen waren so stark und von innerem Frieden erfüllt, daß es ihr warm und weit ums Herz wurde.

Nein, ihr Junge, das war kein Mörder.

Mutter und Sohn sprachen lange miteinander und ihre Herzen kamen einander so nahe, daß Frau Röschen glaubte, die Stunde sei wieder da, als sie den Jüngstgeborenen zum ersten Male an die Brust nahm.

Frau Röschen hatte ihren Jungen bei der Arbeit, beim Schreiben überrascht. Weiße Bogen waren auf dem Tische ausgebreitet, die teilweise schon beschrieben waren.

„Du ... dichtest wohl gar hier im Gefängnis?" fragt sie ganz überwältigt.

„Ja, Mutter! Ich schreibe an meinem neuen Stück!"

„Daß du das kannst ... jetzt in deinem Schmerz?"

„Mutter, gerade ... das Leid macht die Seele reif und stark. Ich habe in dem letzten halben Jahr viel Schmerz und Bitternis erfahren, aber ich weiß heute ... es mußte so sein, ich mußte aus dem Schmerze das höchste, die größte Erkenntnis schöpfen. Schmerz erzieht und macht unsere Seelen stark und öffnet uns das Weltall."

Die einfache Frau versteht ihn nicht ganz, aber sie hört seine Worte mit Ergriffenheit.

„Was schreibst du denn jetzt, Bertl?"

„Mein Stück, Mutter! ‚Licht der Ewigkeit' heißt es."

„Was .. ist das, Bertl .. ‚Licht der Ewigkeit'?"

Fortsetzung folgt

Dynamitanschlag auf Herriot.

Paris, 21. November.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Sonntag auf der Reise nach Nantes mit knapper Not einem Dynamitanschlag entgangen. Auf der Eisenbahnstrecke Paris—Nantes wurde gegen 5 Uhr früh in der Nähe der Stadt Angers festgestellt, daß die Schienen in einer Länge von zwei Metern aufgerissen waren. Der Zug, mit dem Herriot reiste, sollte einige Minuten später diese Strecke passieren, konnte aber glücklicherweise noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, so daß großes Unheil verhütet wurde. Mit etwa einstündiger Verspätung setzte der Zug die Reise nach Nantes fort.

Herriot war nach Nantes gereist, um an der Feier zur Erinnerung an die Vereinigung der Bretagne mit Frankreich teilzunehmen. Im Zusammenhang mit dieser Reise erinnert der „Matin" an den bekannten Bombenanschlag in Rennes. Man nahm damals an, daß der Anschlag dem aus Anlaß des gleichen Jubiläums errichteten Denkmal gegolten hat. Auf Grund des heutigen Anschlags nimmt man jedoch als bestimmt an, daß auch das damalige Attentat Herriot selbst galt. Bei den Attentätern soll es sich um

eine bretonische Geheimsekte

kommunistischer Tendenz handeln. Der Tatort liegt bei dem Ort Puygarnier. Um 5 Uhr morgens hörte ein Wächter eine starke Detonation. Er ging sofort dem Schall nach und fand die Eisenbahnstrecke gesprengt vor. Dadurch, daß der Wächter sofort die Bahnbehörden von dem Anschlag unterrichtete, konnte die Strecke gerade noch rechtzeitig gesperrt werden, ehe der Pariser Zug die Attentatsstelle passieren mußte. Die Polizeibehörden aus Paris und Nantes haben sofort die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen.

Kein neues Moratorium

Hoover im Schatten von Roosevelt.

Washington, 20. November.

Am 15. Dezember wird wiederum eine Kriegsschuldenrate fällig, die die alliierten Schuldnerländer an Amerika zu zahlen haben. Die Frage war, ob, dem bisherigen Brauch entsprechend, auch diesmal wieder die Vereinigten Staaten einer Verlängerung des Moratoriums zustimmen würden, so daß praktisch das Hooversystem bis zur endgültigen Klärung der Kriegsschuldenfrage wirksam bliebe. Hoover, der bis zum Frühjahr als Präsident amtiert, hätte zu einer solchen Regelung durchaus während seiner Amtsdauer die entsprechenden Vollmachten. Aber auch er knüpft an die alte Tradition an, von dem Augenblick ab, wo praktisch die Wahl seines Nachfolgers entschieden ist, nichts ohne Einvernehmen mit diesem Nachfolger zu unternehmen.

Kommt es zu einem solchen Einvernehmen nicht, dann bliebe nur der Appell an den Kongreß, durch den gleichzeitig die Verantwortung dem Kongreß zugeschoben würde.

Jedenfalls hat Hoover nach seiner Rückkehr nach Washington in langen Besprechungen mit den Kabinettsmitgliedern und auch mit den Führern der republikanischen Partei, die im alten Kongreß über die Mehrheit verfügt, klargelegt, daß ein weiteres Entgegenkommen in der Schuldenzahlung, praktisch also eine Verlängerung des Hoovermoratoriums, für die Alliierten nicht zweckmäßig wäre und darum nicht in Frage käme. Da aber der Kongreß ebenfalls für ein neues Moratorium nicht zu haben ist, werden die alliierten Schuldner, vor allem Frankreich, England, Belgien, Italien und Polen, gezwungen, am Stichtermin Zahlungen zu leisten. Wenigstens ist Hoover der Ansicht, daß die Zinsverpflichtungen, die über 90 Millionen Dollar, also rund 400 Millionen Mark ausmachen, innegehalten werden können, wenn aber nicht, dann müßten die Schuldnerländer sich offen als „in Verzug geraten", gewissermaßen als konkurs erklären.

Mit dieser Einstellung übergibt Hoover praktisch die Verantwortung für alles Geschehen seinem Nachfolger Roosevelt, in dessen Schatten zu operieren er gezwungen ist.

In dieser Woche soll Roosevelt bei Hoover erscheinen, um mit ihm die Gesamtlage durchzusprechen. Die Frage ist noch offen, wie der nicht wiedergewählte Präsident sich zum Kongreß stellen wird, ob er dem Kongreß klar machen wird, daß dieser jetzt alle Verantwortung zu tragen habe und daher auch die Initiative zu allen Regierungsschritten zu ergreifen habe oder ob er dem Kongreß gewissermaßen ein Testament hinterläßt, in dem er offen für eine bestimmte Regelung plädiert, wobei wiederum das letzte Wort bei den Kongreßmitgliedern liegen würde.

In jedem Fall ist durch den Ausgang der Präsidentenwahlen in Amerika bis zum Frühjahr eine gewisse Stagnation in der weltpolitischen Entwicklung eingetreten, auf die nach Hoffnung weiter Kreise eine Aktivierung folgen wird, die nicht zuletzt der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen werde.

Japan gegen Lytton-Bericht

Tokio besteht auf der Aufrechterhaltung des Mandschurei-Staates.

Genf, 21. November.

Am Vorabend der außerordentlichen Ratssitzung hat die japanische Regierung jetzt ihre Stellungnahme zu dem Lytton-Bericht bekanntgegeben. Wie vorauszusehen war, lehnt Japan alle Vorschläge der Untersuchungskommission, die der Völkerbund in die Mandschurei entsandt hatte, samt und sonders ab.

Zur Schaffung des neuen Mandschureistaates erklärt die japanische Regierung im Gegensatz zum Lytton-Bericht, der sich gegen die Aufrechterhaltung des neugeschaffenen Zustandes in der Mandschurei ausspreche, daß diese Lösung in keiner Weise den internationalen Verpflichtungen widerspreche, daß sie vielmehr den Wünschen der Bevölkerung in der Mandschurei entspreche und daß sie auf die Dauer auch von China (?) als die einzige befriedigende Grundlage für stabile Beziehungen angesehen würde. Von dem Wunsche geleitet, daß in der Mandschurei sich „stabile Verhältnisse" entwickeln, habe Japan sich seinerzeit entschlossen, den neuen Staat anzuerkennen. Die von der Lytton-Kommission vorgeschlagene Einrichtung einer internationalen Kontrolle in der Mandschurei werde von dem neuen mandschurischen Staat und von Japan abgelehnt. Die von der Lytton-Kommission vorgeschlagene Schaffung einer internationalen Gendarmerie werde gleichfalls abgelehnt, da sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung ungenügend sei.

Mit anderen Worten: Japan will also die militärische Besetzung der Mandschurei auch gegen den Willen des Völkerbundes aufrechterhalten.

Dollar-Druckerei in Prag

Vier Personen verhaftet.

Prag, 21. November.

Wie die Polizei meldet, wurde hier eine Fälscherwerkstatt aufgedeckt, in der Fünf-Dollar-Falsifikate hergestellt wurden. Vier Personen sind verhaftet und teils fertige, teils unvollständige Falsifikate beschlagnahmt worden. Sämtliche Verhafteten sind geständig.

Bei den aus dieser Dollar-Druckerei hervorgegangenen Fünfdollarnoten handelt es sich um Meisterwerke der Fälschertunst. Die Fachleute der Nationalbank und die Falschgeldabteilung der Polizei erklärten, im Laufe ihrer Praxis noch nie derartig gelungene Nachahmungen gesehen zu haben. Der Letter der ausgehobenen Fälscherwerkstatte ist ein junger, erst 20jähriger Stecher namens Cernik, der zu den besten Schülern eines tschechischen Graphikers gehört haben soll, aber weder eine Stellung noch Anerkennung seiner Fähigkeiten gefunden hat.

Seine Tat soll er aus Rache darüber begangen haben, daß er bei der Herstellung der neuen tschechoslowakischen Hundertkronennoten, für welche Arbeit er sich beworben hatte, übergangen worden war.

Der Polizei gelang es, 400 fertige Fünfdollarnoten zu beschlagnahmen. Die Fälscherbande wollte ihre Tätigkeit in der Tschechoslowakei abbrechen und nach Deutschland verlegen.

Zwölfjähriger Schüler erschossen

Altona, 20. November.

In den Abendstunden kam es in Altona zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die ein Verkehrslokal der NSDAP. stürmen wollten. Plötzlich fielen mehrere Schüsse. Ein 12 Jahre alter Schüler, der in der Nähe stand, wurde von einer Kugel getroffen und sank tot zu Boden. Außerdem wurde eine Frau durch einen Steinwurf erheblich verletzt. Eine polizeiliche Durchsuchung des Lokals nach Waffen verlief ergebnislos.

23 Personen vergiftet

durch ausströmendes Chlorgas.

Tilsit, 21. November.

Auf dem Anschlußgleis der Zellstoff-Fabrik stieß ein mit Chlor beladener Wagen gegen einen Kran. Infolge des Anpralls brach ein Ventil des Chlorwagens ab. Durch die ausströmenden Gase sind von dem Betriebspersonal der Fabrik sowie von der Besatzung einiger auf dem Memelstrom liegender Fahrzeuge 23 Personen, darunter zwei schwer, an Vergiftungserscheinungen erkrankt und wurden in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Um die Regierungsbildung.

Am Montag um 10,30 Uhr vormittag wurde Hitler erneut vom Reichspräsidenten empfangen. In seiner Begleitung befanden sich Goering und Dr. Frick. Nachdem Hitler erklärt hatte, daß die NSDAP. nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, ersuchte ihn Hindenburg festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von Hitler geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Programm im Reichstag finden würde. Die Antwort Hitlers wurde am Montag gegen 3 Uhr abends gegeben. Sie enthält eine Reihe von Bedingungen, u. a., daß auf eine rein parlamentarische Mehrheit verzichtet wird. Sollte der NSDAP. eine Regierungsbildung mißlingen, so dürfte das Zentrum beauftragt werden. Gelingt auch diesem eine Mehrheitsbildung nicht, so würde der Reichspräsident auf Grund der neuen Situation seine Folgerungen ziehen.

Verbilligung von Stillhaltegeldern.

Berlin. Die Reichsbank hat laut BBC. auf Grund der Diskontermäßigung auf 4 Prozent jetzt in einem Rundschreiben an die Banken neue Höchstsätze für die Berechnung von Stillhaltegeldern gegenüber der Kundschaft festgesetzt. Die neuen Sätze lauten: für reine Rembourstratten mit Dokumenten 6½ (bisher 6⅔) Prozent, für nicht reine Rembourstratten und Finanzstratten 6¾ (bisher 6½—7) Prozent, für Valutakaskredite 6⅞ (bisher 7—7½) Prozent. Die deutschen Banken sind berechtigt, bei französischen Krediten einen Zuschlag von bis ½ Prozent zu erheben. Die Senkung erfolgt von dem Gesichtspunkt aus, daß Valutakredite billiger als Markkredite sein sollen. Die Spanne beträgt jetzt etwa ¼ Prozent.

Hilfe für Schlesien.

4½ Millionen Mark aus Osthilfemitteln.

Breslau. Ein Teil der Osthilfemittel wird, um die Gemeinden für die Senkung der Gewerbesteuer zu entschädigen, an die Städte des Ostgebietes verteilt. Diese Mittel werden verteilt nach Anhörung aller einschlägigen Dienststellen, des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, der die Unterlagen vom Landrat erhält. Das Innenministerium verfährt dabei nach einem genauen Verteilungsplan auf Vorschlag des Oberpräsidenten, um bei den verschiedenartigen Interessen der Städte Streitigkeiten zu vermeiden. Auf die Provinz Niederschlesien entfallen demnach 22 Millionen Mark und die gleiche Summe für die Provinz Oberschlesien.

Kommen Sie bitte zu uns

wenn Sie vergessen haben, unsere Zeitung für den Monat Dezember bei dem Postboten zu bestellen. Wir überweisen Ihnen unsere Zeitung ohne Mehrkosten. Haben Sie keine Zeit,

dann bitte schreiben Sie an uns!

Eine unmenschliche Mutter

Das Verbrechen an der sechsjährigen Rosemarie Boddin aufgeklärt. — Die eigene Mutter als Täterin verhaftet.

Berlin, 21. November.

Das Verbrechen an der sechs Jahre alten Rosemarie Pokorra-Boddin, die am 11. November besinnungslos auf den Gleisen der Stettiner Bahn unterhalb der Grenzbrücke aufgefunden wurde, ist in überraschender Weise aufgeklärt worden. Die Täterin ist die Mutter des Kindes, Marta Boddin, eine 25jährige Frau, die ein umfassendes Geständnis ablegte. Sie wollte das Kind beseitigen, um in den Besitz einer Versicherungssumme von 4000 RM zu gelangen, die beim Tode des Kindes an dessen Eltern fallen sollte.

Frau Boddin hat das Kind an dem kritischen Abend an dem übermannshohen Brückengeländer hinaufgehoben, angeblich um es hinüberschauen zu lassen, es dann bei den Fußsohlen gepackt und auf den Bahnkörper geworfen. Der Ehemann Boddin ist unter dem Verdacht, von dem Vorhaben seiner Frau Kenntnis gehabt zu haben, gleichfalls festgenommen worden.

Im Schlaf überfallen

Unglaublicher Rohheitsakt gegen den Bruder.

Berlin, 20. November.

In einem Hause in der Hardenbergstraße in Berlin-Charlottenburg spielte sich eine Familientragödie ab. Der 50 Jahre alte Pförtner Anton Blojzyk wurde, als er noch schlief, von seinem Bruder überfallen und mit einem Topf heißen Wassers übergossen. Nachdem der Täter, der 47 Jahre alte Martin Blojzyk, seinem Bruder mit einem Besenstiel auch noch Kopfverletzungen beigebracht hatte, verließ er die Wohnung und schloß sie hinter sich ab. Der Mißhandelte stieg, obwohl er schwerverletzt war, aus dem Fenster und rief um Hilfe. Ein Hausbewohner alarmierte die Polizei, die den Täter verhaftete.

Man vermutet, daß der Rohling die Tat aus Rache begangen hat, weil sich der Pförtner von seiner Frau trennen wollte.

Betrunkener sticht seine Frau nieder

Zu einer Messerstecherei führte in Berlin der weitverbreitete Aberglaube, beim Stolpern noch einmal umzukehren, um kein Pech zu haben. Als der Arbeiter Stanislaus Pinek aus der Graefestraße abends betrunken nach Hause kam, stolperte er auf dem Treppenflur, und dieser Zufall veranlaßte den abergläubischen Pinek, wieder umzukehren. Seine Ehefrau, die ihn bereits hatte kommen hören, lief ihm nach und bat den 22jährigen Werkzeugmacher Fritz Schulz, der sich gerade im Hausflur aufhielt, auf ihren Mann einzureden, nicht mehr fortzugehen. Obwohl Schulz sofort erklärte, sich in fremde Angelegenheiten nicht einmischen zu wollen, stürzte sich Pinek zuerst auf ihn und verletzte ihn durch einen Stich in den linken Oberarm. Dann brachte er seiner Frau einen gefährlichen Stich in den Arm bei. Der Täter wurde festgenommen.

Programm der Schlesischen Funkstunde.

Mittwoch. 6,15: Funkgymnastik. 6 35: Morgenkonzert. 8,15: Wettervorhersage; Funkgymnastik für Hausfrauen. 10,10 bis 10,40: Schulfunk für höhere Schulen. 11,15: Zeit, Wetter, Presse, Wasserstand. 11,30: Wettervorhersage; 15 Minuten für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert. 13,05: Wettervorhersage; Mittagskonzert. 13 45: Zeit, Wetter, Presse, Börse. 14,05: Mittagskonzert. 14,45: Werbedienst mit Schallplatten. 15,10: Landwirtschaftl. Preisbericht, Börse, Presse. 15,30: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. 16: Aus dem Spielplan des Oberschlesischen Landestheaters. 16,30: Die Frau und die Geselligkeit. 16,50: Kulturkreis der Heimat. 17,10: Kammermusik. 17,30: Landwirtschaftlicher Preisbericht. Bildende Kunst in Oberschlesien. 17,50: Kammermusik. 18 15: Die Schlesischen Ulanen. 18,35: Gegenwartsfragen des Handwerks. 19: Abendmusik. 19,30: Wettervorhersage. 20: Es geht auch so! 21: Abendberichte. 21,10: Wunschkonzert der Funkkapelle. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Tanzmusik.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert: Mittwoch, den 23. November, um 10 Uhr in Sterzendorf (Bieterversammlung Gasthaus Rautenstrauch) 1 rote Kuh.

Roimann, OGerVollz.

Hautjucken,

jucende Hautausschläge bringen die davon Betroffenen nicht selten zur Verzweiflung. Ein probates Mittel, Arzt warm empf., **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** Stück 54, 90 Pfg. u. Mk. 1.35 (Riesenstück Form). Dazu die hautregenerierende „Zucker-Creme" (60, 45, 65 und 90 Pfg.). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Zu Namslau: bei O. Tietze, Drogerie.

Lokales.

Namslau, den 22. November 1932

= **Alter Turnverein 1868 Namslau.** Am kommenden Sonntag, den 27. November veranstaltet die Schülerabteilung des A. T. V. 68 nachmittag 4 Uhr in der Hindenburg-Turnhalle aus besonderem Anlaß eine Werbestunde. In kürzester Folge werden einige Darbietungen der Jüngsten, Volkstänze und einige Uebungen der Aelteren gezeigt. Das Vereins-Schülerorchester wird die Veranstaltung musikalisch umrahmen. Am Schluß steigt der neueste Film der Deutschen Turnerschaft „Kinderland — Sonnenland". Am Abend versammeln sich die erwachsenen Vereinsmitglieder mit ihren Angehörigen und Gästen zu einem geselligen Beisammensein im Grimm'schen Saale, während dem die Frauen- und Männer-Abteilungen einige Darbietungen zeigen werden.

= **Gefunden** ein Wagenkissen, ein Armband, ein Schlüssel. Abzuholen Rathaus, Zimmer Nr. 4.

= **Staatliche Lotterie-Einnahme Haesler Namslau.** Gewinnnummern 2. Klasse, 40/266. Lotterie.
11 252, 11 256, 11 258, 135 041, 135 052, 135 054, 135 104, 135 124, 135 147, 155 713, 155 714, 194 377, 194 382, 202 325, 202 326.

= **Mitnahme von Wintersportgeräten in die Schnellzüge.** Zur Erleichterung des Wintersportverkehrs wird die Deutsche Reichsbahn nach einem Beschluß der Ständigen Tarifkommission, der am 20. November, also noch rechtzeitig vor Beginn der Wintersportsaison, in Kraft tritt, die Mitnahme von Schneeschuhen und Rodelschlitten auch in die 3. Klassewagen der Schnellzüge gestatten, wenn eine Belästigung der Reisenden und Beschmutzung der Wagensitze ausgeschlossen ist. Die Reichsbahn hat sich jedoch vorbehalten, nicht nur bestimmte Züge von der Mitnahme dieser Wintersportgeräte auszuschließen, sondern die Reisenden auch auf besondere Abteile oder Wagen zu verweisen.

= **Mittel zur Behebung der Bautätigkeit auf dem Lande.** Aus Osthilfemitteln sind für die Kreise Namslau 8000 RM., Guhrau 12 000 RM., Militsch 12 000 RM. und Groß Wartenberg 8000 RM. für die Instandsetzung von Gebäuden auf dem Lande zur Verfügung gestellt worden. Diese Mittel können auch für die Instandsetzung von Wirtschaftsgebäuden verwendet werden. Anträge sind an das zuständige Landratsamt zu richten.

= **Die Niederschlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt im Jahre 1931.** Dem Verwaltungsbericht ist zu entnehmen, daß trotz gesteigerter Arbeitslosigkeit, trotz Kürzungen der Einkommen von Lohn- und Gehaltsempfängern und trotz verschärfter wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei Industrie, Handel und Landwirtschaft die stetige Fortentwicklung der Anstalt angehalten hat. Wenn es gelungen ist, in der Lebensversicherung im Berichtsjahre einen Reinzuwachs von RM. 10 435 254 — zu erzielen, so spricht das für das Vertrauen, dessen sich das heimische öffentlichrechtliche Unternehmen in der niederschlesischen Bevölkerung erfreuen darf; denn bei einer Reihe von Lebensversicherungsbetrieben führte das durch die Wirtschaftskrise bedingte Nachlassen des Neuzuganges und Anwachsen des vorzeitigen Abganges bereits im Jahre 1931 zu einer Verminderung des Versicherungsbestandes. Bei der Anstalt belief sich Ende 1931 der Versicherungsbestand auf 191 421 (1930: 170 231) Versicherungen mit RM. 148 503 899 — (1930: 138 109 943.—) Versicherungssumme. Hierzu treten noch 332 (1930: 85) Bausparversicherungen über RM. 1888 717.— (1930: 501 649.—) Versicherungssumme. Sterblichkeit und Schadenanfall waren im Berichtsjahr günstig. An Versicherungsleistungen wurden in der Lebensversicherung seit Stabilisierung der Währung bis Ende 1931 RM. 5 069 420.— zur Auszahlung gebracht. In der Haftpflichtversicherung betrug der Antragszugang 8021 Anträge mit RM. 431 739,40, in der Unfallversicherung 1050 Anträge mit RM. 98 291.— in der Autokaskoversicherung 613 Anträge mit RM. 62 483,20 Jahresbeitrag. Auch hier war der Schadenverlauf bei einer Gesamtmeldung von 6142 Haftpflichtschäden, 3792 Unfallschäden, 250 Autokaskoschäden nicht ungünstig. Das finanzielle Ergebnis der Anstalt ist als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Gesamtüberschuß beträgt RM. 1 063 763,78 (1930: 908 946,28). Die Anstalt legt satzungsgemäß ihre Prämienreserve in Niederschlesien an und ist dadurch, insbesondere in den Zeiten der erschütternden Wirtschaftsnot unserer Heimatprovinz in den letzten Jahren, bereits zu einer beachtlichen Kreditquelle für die niederschlesische Wirtschaft geworden. Der Gesamtbestand der von der Anstalt ausgegebenen Hypotheken und Kommunaldarlehen belief sich am Ende des Berichtsjahres auf RM. 12 626 517,31. Auch im Berichtsjahre konnte praktische Osthilfe im wahrsten Sinne des Wortes durch Begebung von RM. 4 020 553,15 in Hypotheken und Kommunaldarlehen geleistet werden. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse ist die Entwicklung der Anstalt auch im laufenden Kalenderjahr bisher zufriedenstellend.

Breslau. Das Ausscheiden des Stadtrates Landsberg hat den Oberbürgermeister veranlaßt, das Gesamtdezernat für das Gesundheitswesen geschlossen Stadtrat Dr. Leißner zu übertragen. Auf der anderen Seite hat sich dadurch die Notwendigkeit ergeben, Stadtrat Dr. Leißner in seinem bisherigen Tätigkeitsgebiet durch Uebertragung des Dezernats für Theaterangelegenheiten und die Schlesische Philharmonie auf Stadtrat Dr. Wolf zu entlasten.

Lest Euer Heimatblatt das „Namslauer Stadtblatt".

Pläne der Marine für die Ausbildung der amerikanischen Handelsschiffahrt.

(„Army and Navy Journal" Vereinigte Staaten.)

Das Marineministerium hat die Wichtigkeit der Handelsmarine für die Landesverteidigungspläne erkannt. Es unternimmt daher Schritte, um die Handelsschiffahrt zu einer entsprechenden Reserve auszubauen.

Die vorgeschlagene Verkleinerung der Schlachtschiffe und die allgemeine Einschränkung der Kriegsschiffe überhaupt hat das Handelsschiff in den Augen der Welt gehoben. Letzten Endes wird in einem Kampf zwischen zwei Ländern mit sonst gleich starken Kriegsmarinen das Volk mit der bestausgebildeten und größten Reserve gewinnen.

Seit dem Weltkriege ist unsere Handelsmarine gewachsen. Wir haben heute eine erstklassige Schiffahrt. Um dieses Wachstum auszunutzen, wünscht das Marineministerium, diese Reserve so auszubilden, daß sie in Kriegszeiten von unmittelbarem Nutzen ist. Es ist geplant, ausgewählte Offiziere der Handelsschiffahrt als Kriegsmarine-Offiziere auszubilden.

Seit 6 Jahren ist gesetzlich vorgesehen, daß Offiziere der Handelsmarine zu Offizieren der Kriegsmarine-Reserve ernannt und dementsprechend ausgebildet werden können. Nahezu 3000 sind bisher ernannt worden, jedoch hat aus Mangel an Mitteln keinerlei Ausbildung stattgefunden. Diese Ausbildung soll nunmehr verwirklicht werden.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 21. November 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Oelsaaten in kleinen Mengen) nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht für volle Wagenladungen in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg	= 1 Tonne
Oelsaaten, Hülsenfrüchte, Futtermittel, Mehl	„ 100 kg	
Sämereien	„ 50 kg	
	frachtfrei Breslau	
Kartoffeln, Rauhfutter	„ 50 kg	
	ab Erzeugerstation.	

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.	21. 11.	19. 11.
Weizen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 76 kg gut, gesund u. trocken	200.00	200.00
do. 74 kg, gut, gesund und trocken	198.00	198.00
do. 72 kg, gesund und trocken	194.00	194.00
do. 70 kg, gesund und trocken	190.00	190.00
do. 68 kg, trocken für Müllereizwecke verwendbar	184.00	184.00
Roggen (schlesischer) neuer Ernte		
Hektolitergewicht von 71 kg gesund und trocken	154.00	154.00
do. 69 kg, gesund und trocken	150.00	150.00
Hafer mittlerer Art und Güte	125.00	127.00
Braugerste, feinste	195.00	195.00
do. gute	180.00	180.00
Sommergerste mittlerer Art und Güte	—.—	—.—
Industriegerste, 65 kg	168.00	168.00
Wintergerste, 61—62 kg	161.00	161.00

Tendenz: Abwartend.

Die Preise verstehen sich per 1000 kg waggonfrei Breslau in vollen 15 Tonnenladungen.

Vasenol

Oscar Tietze
Germania-Drogerie.

Werbt für das „Namslauer Stadtblatt."

Statt besonderer Anzeige

Ihre heut stattgefundene Vermählung zeigen an

Fritz Schwuntek
und Frau Edith, geb. Treffer

Böhmwitz — Juliusburg

22. November 1932

Allen denen, die uns zu unserer Vermählung durch Glückwünsche und Aufmerksamkeiten erfreut haben, danken wir herzlichst.

Schlegel, im November 1932.

Brauerei-Ing. **A. Matzke**
und **Frau Elsa**, geb. Körner.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **Vermählung** danken herzlichst

Grambschütz, im November 1932

Fritz Folta und **Frau Liesel**
geb. Stampe.

Für die überaus vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich der 1. hl. Kommunion unserer Tochter **Margot** sagen wir Allen auf diesem Wege ein herzliches „Gott vergelt's".

Namslau, im November 1932.

Franz Hoffmann und **Frau.**

Herrschaft Sterzendorf verpachtet sofort
Gasthaus nebst Molkerei
an kautionsfähige Pächter.

Spratts Hundekuchen in Knochenform
Puppy-Packung
Phosphor Welpi.
Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Kleine Wohnung
Stube und Küche, sofort oder später zu vermieten.
Schwitalla
Altwaren-Geschäft.

Ortsansässiger
Verteiler
für Margarine gegen Wochengehalt und Provision gesucht. Kleiner kühler Kellerraum und 200.— bis 300.— Mk. Barsicherheit erforderl.
Offerten unter **L. 116** an die Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Advents-Karten
empfiehlt
Oskar Opitz
Buch- und Papierhandlung
Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.

Führende Kleinlebens-Versicherungs-Gesellschaft
im Kreise gut eingeführt, sucht einen tüchtigen
Inspektor
gegen feste Bezüge und Provision.
Offerten unter **L. 117** an die Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Auf Anordnung der Städt. Vollstreckungsbehörde werde ich am **Donnerstag, 24. November,** um **11 Uhr** im **„Weideschlößel"**
2 Schreibmaschinen
1 Klavier
2 Fahrräder (neu)
10 Stück Armsessel
1 Spiegel mit Aufsatz
2 Kastenwagen u. a.
gegen sofortige Barzahlung zwangsweise versteigern.
Schölzel
Vollziehungs-Beamter.

Inserieren bringt Gewinn!

Violinen
Violinkästen
Violinbogen, Saiten
Dämpfer, Wirbel, Stege
Feinstimmer
und andere Ersatzteile
zu haben in der
Oskar Opitz'schen
Buch- und Papierhandlung
Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellsch. m.b.H.
Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.